Der zweite Schlag

Südtirol und die 60er-Jahre: Der Historiker Rolf Steininger hat schon nachgewiesen, dass die Bumser die Selbstbestimmung weggebombt haben. Jetzt belegt er, dass die Feuernacht so gut wie keine Wirkung hatte.

Das erklärte Ziel der Südtirol-Attentäter in der Feuernacht war das Selbstbestimmungsrecht. Es gelang ihnen nicht, es herbeizubomben. Zu viele hatten sich quergelegt, SVP-Obmann Silvius Magnago genauso wie Österreich, sieht man von einigen Tiroler „Harten" ab. Aber, so die gängige Geschichtsschreibung, wenn die Bumser schon nicht das Selbstbestimmungsrecht erreicht hätten, so hätten sie zumindest die italienische Regierung gezwungen, Verhandlungen über die Südtirolautonomie aufzunehmen. Konkret: Die 19er-Kommission war eine direkte Folge der Attentate.

Rolf Steiniger, der streitbare Zeithistoriker an der Universität Innsbruck, hatte bereits in seinem dreibändigen Werk *Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969* belegt, dass die Attentate das Selbstbestimmungsrecht endgültig weggebombt hatten. Jetzt belegt er mit Dokumenten, dass Italien schon vor der Feuernacht am 11. Juni 1961 den Plan gehabt hatte, eine Kommission einzurichten, um dadurch allen das Wasser abzugraben, den Südtirolern, Österreich und auch der Uno.

Das Jahr 1961 ist für Steininger so zukunftsweisend für Südtirol, dass er es als „Schicksalsjahr" bezeichnet. Die Begründung liefert er in seinen *Akten zur Südtirolpolitik 1959-1969*, deren 3. Band in zwei Teilbänden nun erschienen ist *(Studienverlag 20008, 970 S., 158 Euro)* und das Jahr 1961 dokumentiert.

Südtirol und die Uno. Die Stimmung für den Gang zur Uno war gut, die Erwartungen bei den „Radikalen" dies- und jenseits des Brenners groß. Als es bei einer Besprechung in Innsbruck am 7. September 1960 um Gegenanträge zum österreichischen Antrag in New York ging, etwa die Aufforderung an Österreich zu Verhandlungen mit Italien „ohne Basis der Landesautonomie" für Südtirol, da meinte Staatssekretär Franz Gschnitzer, eine solche Aufforderung sei „unannehmbar." Aber es kam genau anders. Die Uno verabschiedete eine Resolution, mit der Italien und Österreich unter Hinweis auf das Gruber-de Gasperi-Abkommen vom September 1946 aufgefordert wurden, das Problem zu lösen. Aus „unannehmbar" wurde annehmbar.

Außenminister Bruno Kreisky war „sehr befriedigt", wie er dem deutschen Botschafter Anfang November mitteilte, „dass der Anschauungsunterricht, der gewissen Nord- und Südtiroler Kreisen in New York geboten worden sei, dazu geführt habe, dass man beginne, die Dinge in den richtigen Proportionen zu sehen, nachdem in den genannten Kreisen die Meinung geherrscht habe, als drehe sich die ganze Welt um Südtirol".

Die Uno-Resolution hatte zwar keine inhaltliche Lösung des Problems gebracht, wie Kreisky im Ministerrat betonte, aber sie hatte neue Voraussetzungen für die Verhandlungen mit Italien geschaffen. Um diese Verhandlungen ging es in der ersten Hälfte des Jahres 1961. In Sitzungen in Wien und in Innsbruck versuchte man, sich auf die erste Runde dieser Verhandlungen in Mailand vorzubereiten.

Für die Moderaten gab SVP-Obmann Silvius Magnago am 23. Januar 1961 in Innsbruck die Marschroute vor, als er feststellte: „Uns geht es nicht darum, ob die Provinz Bozen jetzt morgen Region heißt, sondern darum, dass diese Provinz Bozen auch innerhalb einer Region alle Zuständigkeiten hat, die sie braucht."

In Mailand lief allerdings nicht alles wie geplant. Am Ende der Sitzung wurde den Italienern ein Kurzdokument mit 32 Forderungen Österreichs überreicht. Dieser Forderungskatalog, so Viktoria Stadlmayer, Leiterin des Referates „S" der Tiroler Landesregierung, „interessiert uns gar nicht. Wir wollen noch weiter gehen und dann das Selbstbestimmungsrecht verlangen" .

Die nächste Verhandlungsrunde war für Klagenfurt angesetzt. Doch schon davor zeichnete sich auf italienischer Seite eine richtungsweisende Entwicklung ab. Italiens Innenminister Mario Scelba meinte gegenüber dem österreichischen Botschafter in Rom, Max Löwenthal, bereits am 10. Mai, er habe den Südtiroler Parlamentariern mitgeteilt, er sei bereit, sich mit ihnen zusammenzusetzen. Gegenüber dem Botschafter wiederholte er jetzt in aller Form diesen Vorschlag und bat, ihn der Regierung in Wien nahezulegen. Der italienische Ministerpräsident Amintore Fanfani ließ Bundeskanzler Alfons Gorbach wissen, er sei bereit, „der Provinz alle möglichen Zuständigkeiten zu geben, die von der Region auf die Provinz übertragen werden können".

Rolf Steininger: Mythen der Südtirolgeschichte demontiert

Foto: Othmar Seehauser

Die Folgen der Bomben. Als in der Nacht vom 11. auf den 12. Juni 1961 die Hochspannungsmasten in die Luft gesprengt wurden, kam es zu unterschiedlichen Reaktionen. SVP-Obmann Magnago meinte laut einem Wortprotokoll vom Tag danach, „die Mandanten dieser Aktion wollen jedes ruhigere Klima sabotieren und die Situation auf die Spitze treiben. Das Ende ist dann eine Situation, in der die Fortführung der Verhandlungen keine Aussicht auf Erfolg mehr bietet". Und Toni Ebner, der die Anschläge in einem Leitartikel der *Dolomiten* scharf verurteilt hatte, meinte, man müsse sich fragen, „ob diese Leute etwas Gutes getan haben, oder ob sie unserer Sache nicht dienen". Die neu zugänglichen ausführlichen Tagebuchaufzeichnungen von Martin Fuchs, Generalsekretär im Außenministerium in Wien, die in Steiningers Dokumentensammlung zu finden sind, sind besonders aufschlussreich, weil sie Antwort auf diese Frage geben.

„Für Selbstbestimmung war Kreisky unter keinen Umständen zu haben."

Am 12. Juni notierte er: „Jedenfalls dürften alle Aussichten geschwunden sein, auf dem Verhandlungsweg einen Kompromiss zu erzielen. Er [Kreisky] verurteilt diese Anschläge schärfstens" und dränge darauf, dass sich der Ministerrat „sehr entschieden von dieser neuen Terrorwelle distanziert". Und am nächsten Tag notierte Fuchs: „Offenbar will die italienische Regierung die Anschläge nicht dazu benützen, um die Verhandlungen abzubrechen, was das Hauptziel der Terroristen ist."

Auf der Seite der „Terroristen" standen auch die „Radikalen" Franz Gschnitzer, Felix Ermacora und Johannes Dengler. Sie waren Mitglieder der österreichischen Delegation, die in Zürich die neue Verhandlungsrunde der Minister vorbereiten sollten. Dabei kam es zu einem außergewöhnlichen Vorfall, wie Fuchs später berichtete. Gschnitzer legte dem Leiter der österreichischen Delegation, Kurt Waldheim, einen Ministerratsvortrag für Kreisky vor. Darin war das Scheitern der Expertengespräche („italienische Angebote völlig unzureichend und unannehmbar") festgehalten, noch bevor sie begonnen hatten. Waldheim verweigerte die Unterschrift. Fuchs notierte dazu: „Es wird immer deutlicher, dass die Nordtiroler und Südtiroler Radikalen alles tun, um das Scheitern der zweiseitigen Verhandlungen zu beschleunigen und um wieder auf die internationale Ebene zu kommen."

In dieser Situation wiederholte Innenminister Mario Scelba gegenüber den Südtirolern seine Vorschläge für ein inneritalienisches Gespräch, die er schon vor der „Feuernacht" gemacht hatte. Das war die Geburtsstunde der Neunzehnerkommission. Scelba wollte trotz der Attentate diese Kommission – als „Zeichen der Stärke", wie Steininger betont. Dabei war auch der Beschluss Österreichs mitentscheidend, die Südtirolfrage erneut vor die Uno zu bringen. Rom wollte bei einer solchen Debatte auf seine Großzügigkeit gegenüber Südtirol verweisen.

Um die Situation nach den Attentaten, das Angebot von Mario Scelba und die Selbstbestimmung ging es in einem Gespräch, das in Zürich zwischen Kreisky, Magnago und Peter Brugger, einem Befürworter der Selbstbestimmung, im Beisein von Kurt Waldheim stattfand. Bruggers Fragen zur Selbstbestimmung beantwortete Kreisky unmissverständlich: Für die Selbstbestimmung waren er und die österreichische Regierung nicht zu haben. Kreisky war für eine Annahme des Angebotes Scelbas, obwohl er erkannte, was dahintersteckte: Das Aufgeben des internationalen Weges als Gegenleistung für direkte Verhandlungen „berge die Gefahr in sich, Österreich auszuschalten und direkte Verhandlungen als Niederlage Österreichs darzustellen".

Die zweite Uno-Debatte hatte Südtirol und Österreich nicht weitergeholfen, nur zu einer Wiederholung der Resolution aus dem Jahr 1960 geführt. Das „friedliche Mittel", das sich einige erhofft hatten, hatte man nicht erreicht, „weil die 19er-Kommission da war", wie er meinte. 14 Tage zuvor, am 14. November, hatte er klargemacht, wo man möglicherweise landen würde: Wenn keine Einigung in der Neunzehnerkommission erzielt werde, „stehen wir vor dem Nichts". War die Neunzehnerkommission ein Erfolg der „Feuernacht"? Viktoria Stadlmayer beantwortete Anfang 1962 diese Frage in einem vertraulichen Memorandum: „Die 19er-Kommission und ihre positive Aufnahme in Südtirol ist kein Erfolg der Bombenpolitik, sondern ein Sieg Italiens."

Günther Pallaver